



Fraktionsvorsitzender Oliver Spieß

Kreistagsitzung am 09.12.2021

Tagesordnungspunkt 5: Haushaltsplan des Landkreises Ravensburg 2022

Antrag der Freien Wähler

Beschlussvorschlag:

- Die Verwaltung wird beauftragt, die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft bis Ende April 2022 zu der Beratungsrunde im Mai 2022 zu prüfen. Gesellschafter wird der Landkreis RV, wenn möglich und gewollt die Städte und Gemeinden und ggfs. weitere Partner (Banken, o.ä.).
- Die Verwaltung wird beauftragt die Vor- und Nachteile von verschiedenen Gesellschaftsformen zu prüfen und auch zu prüfen, ob eine Zusammenarbeit mit einer bestehenden Kreiswohnbaugesellschaft in der Umgebung möglich wäre.
- Als Zweck, Ziel und Aufgabe der Gesellschaft wird eine soziale, ökologische und nachhaltig verpflichtende Planung, Errichtung, Betreibung und Unterhaltung von neu zu errichtenden oder zu erwerbenden Wohngebäuden vorrangig zu Mietzwecken im Landkreis Ravensburg als Grundsatz festgelegt.
- Für die Prüfung, die sicherlich auch externe Kräfte benötigt, wird ein Budget im Haushalt von 20.000 EURO festgesetzt.

Begründung:

Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler hat in den letzten beiden Jahren jeweils einen Antrag auf Prüfung einer Wohnbaugesellschaft gestellt. Aufgrund der vielfältigen Themen in der Landkreisverwaltung wurde diese Prüfung auch mit unserer Zustimmung in der Priorität nach hinten gestellt.

Es wurde aber in der politischen Debatte deutlich, dass es im Kreisgebiet grundsätzlich zu wenig, auch für Normal- und Geringverdiener, bezahlbare

Wohnungen gibt. Die Wohnungsmarktlage ist in großen Teilen des Landkreises, insbesondere im unteren Mietsegment, sehr angespannt.

Auch die wieder stark steigende Flüchtlingsunterbringung setzt den Landkreis vermehrt unter Handlungsdruck. Aufgrund fehlender kreiseigener Liegenschaften müssen jetzt wieder neue Container beschafft und provisorische Unterbringungsmöglichkeiten für die Erstunterbringung geschaffen werden, nachdem vor nicht allzu langer Zeit diese Container und Standorte auf Druck des Landes Baden-Württemberg abgebaut wurden. Dies war sicherlich ein Fehler. Um in Zukunft nicht mehr auf solche Vorgaben von Bund und Land angewiesen zu sein, ist es auch Sicht der Freien Wähler nun unabdingbar eigene Wege zu gehen und zu beschreiten. Wir sind der Meinung, dass wir uns als Landkreis Ravensburg auch in diesem Bereich nachhaltiger (hier speziell auch wirtschaftlicher) ausrichten sollten.

In diesem Zusammenhang möchten wir den Augenmerk gerade auch auf die Wohnungssituation der Geflüchteten, aber auch allgemein auf den sozialen Wohnraum richten. Durch die seit Jahren anhaltend gegebene positive Bevölkerungsentwicklung hat sich der Wohnungsmarkt im Landkreis zu einem Vermietermarkt mit einer erheblichen Verknappung und Verteuerung des Wohnungsangebotes entwickelt. Neben vielen Bürgerinnen und Bürger können insbesondere die Geflüchteten bei dem Wettlauf um Wohnraum aufgrund der enorm gestiegenen Mieten nicht mithalten. Auf dem freien Wohnungsmarkt bestehen kaum Chancen Wohnraum insbesondere im Bereich des sozialen Wohnungsbaus oder für Geflüchtete zu bekommen. Diese Aufgaben kommen nun immer mehr dem Landkreis, den Städten und Gemeinden zu. Leider kann diese Aufgabe weder vom Bau- und Sparverein Ravensburg noch von der Wohnungsbaugenossenschaft Wangen oder anderen aufgrund genügend eigener Projekte wahrgenommen werden. Die mögliche teilweise Übernahme der Aufgabe durch solche Anbieter war die letzten Jahre unter anderem ein Grund für die Zurücksetzung in der Priorität.

Deshalb sollten die Aktivitäten des Landkreises und der Städte und Gemeinden verstärkt werden, ggfs. durch Gründung einer gemeinsamen kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft zur Schaffung von sozialem Wohnraum in den Landkreisgemeinden. Hierdurch könnten im Verbund nachhaltige und sozialverträgliche Wohnungen erstellt werden. Langfristig könnte hier gemeinsam Wohnraum geschaffen werden, der nicht aus der Sozialbindung herausfällt und keinen gewinnorientierten Ansätzen unterliegt.

Hinsichtlich der Bearbeitung ist sicherlich auch externe Hilfe notwendig, deshalb muss aus Sicht der Freien Wähler ein Betrag in den Haushalt eingestellt werden.

Oliver Spieß